

AUSSPRACHE

Zum Thema Frauen und Politik

Oft wird uns Frauen der Vorwurf gemacht, wir kümmern uns zu wenig um die politischen Tagesfragen. Stimmt das wirklich? Wie sieht eigentlich das Leben einer berufstätigen Frau und Mutter aus? Die Untersuchung dieser Frage ist nach meiner Meinung notwendig, um zu den Ursachen zu kommen, warum sich die Frauen so wenig um Politik kümmern.

Fast jede dritte verheiratete Frau geht heute arbeiten, um so das Einkommen der Familie zu erhöhen. Der Verdienst des Mannes allein reicht eben nicht aus, um allen Verpflichtungen gerecht zu werden. Aber das soll nicht Gegenstand dieser Überlegungen sein.

Morgens muß die berufstätige Frau und Mutter schon zeitig aufstehen, um alles Notwendige vorzubereiten, damit die Familie ihre Ordnung hat. Dazu gehört das Frühstück so gut wie die Kleidung für die Kinder und noch vieles andere mehr. Dann rennt sie in den Betrieb. Und dort wird ihr wirklich nichts geschenkt! Wenn sie auf ihren Verdienst kommen will, muß sie in Qualität und Tempo der Arbeit mithalten und den Anforderungen gewachsen sein. Die große Anzahl auch der Frauen, die das Rentenalter nicht erreichen und schon früher aus dem Berufsleben ausscheiden müssen, sprechen eine deutliche Sprache.

Nach acht bis neun Stunden Arbeit sind alle, gleich ob Mann oder Frau, fertig. Für die verheiratete Frau und Mutter fängt aber jetzt die zweite Schicht an. Der Haushalt und die Familie wollen versorgt sein. Nicht selten muß dann in der Freizeit noch die große Wäsche

gewaschen werden, denn die Preise der Wäschereien sind für eine größere Familie einfach nicht zu erschwingen.

Da in vielen Betrieben die Fünftagewoche besteht, haben viele Frauen keinen Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitstag mehr. Das freie Wochenende reicht aber nicht aus, um alle liegengebliebenen Arbeiten zu erledigen. (In manchen Mietverträgen wird es sogar verboten, am Wochenende Wäsche zu waschen.)

Auch die Kinder, die tagsüber allein sind, wollen am Abend etwas von ihrer Mutter haben. Oft ist auch Hilfe bei den Schularbeiten notwendig. Die Lehrer sind durch hohe Klassenfrequenzen überlastet und können sich nicht um jeden einzelnen Schüler kümmern.

Diese Überbelastung der Frau geht im Laufe der Zeit über ihre Kräfte. Nervosität und Krankheit sind die Folgen, auch die Ehe leidet darunter.

Viele Frauen machen Nachtschicht, weil sie so die meiste Zeit für ihre Familie haben. Oft haben sie nur wenige Stunden Schlaf.

Angesichts dieser Tatsachen ist es kein Wunder, daß die BR in der Mütter- und Säuglingssterblichkeit an der Spitze aller vergleichbaren Länder liegt.

Wo bleibt bei einem solchen Tagespensum noch Zeit, sich um andere Fragen zu kümmern, und seien es Probleme der Gewerkschaft? Wo bleibt diesen Frauen die Zeit für ihre Weiterbildung? Wann sollen sie Versammlungen besuchen?

Es gehört wirklich sehr viel Energie und Kraft dazu, wenn einige Frauen trotzdem ihren engen Kreis durchbrechen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Es gilt ja auch noch viele alte Vorurteile auf diesem Gebiet zu überwinden, nach denen sich die Frau um den Haushalt und die Kinder sorgen soll, die Politik aber Sache der Männer sei. Auch ist noch nicht jedem Manne klar, daß die Gleichberechtigung an der Wohnungstür nicht haltmacht (oder machen sollte).

Diese Beispiele, die nur ein Bruchteil der Probleme sind, machen eines deutlich: Mit Jammern und Klagen über die politisch uninteressierten Frauen ist es nicht getan. Auch die schönsten Gesetze über die Gleichberechtigung helfen nichts, wenn nicht zugleich Mittel und Wege gefunden werden, um den Frauen zu helfen, den ihnen in unserer Gesellschaft zustehenden Platz auch wirklich einzunehmen. Solche helfenden Maßnahmen könnten nach meiner Meinung u. a. sein:

1. Allen berufstätigen Frauen wird monatlich ein bezahlter Hausarbeitstag gesetzlich garantiert und gewährt.

2. Alle berufstätigen Frauen unterstehen einem vorbeugenden Gesundheitsschutz. Dabei ist vorbeugenden Kuren große Beachtung zu schenken. Diese Kuren sind kostenlos und nicht auf den Urlaub anzurechnen.

3. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Verbesserung des Mutterschutzes sind schnellstens und in vollem Umfang zu realisieren.

4. Verstärkter Bau und Ausbau von städtischen Kindergärten.

5. Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten in den Schulen nach Unterrichtsschluß.

6. Einrichtung und Ausbau von Wäschereien. Durch Preiskontrollen und eventuelle Zuschüsse sind soziale Preise zu sichern.

Freilich kostet das alles Geld. Sollte das aber nicht für uns Frauen übrig sein, noch dazu, wo die wirtschaftliche Stärke der BR an der zweiten Stelle der westlichen Welt liegt? Die benötigten Mittel wären sofort frei, wenn Bonn die Mittel für die Rüstung einschränken würde.

Wir wollen Sicherheit für uns und unsere Familien. „Sicherheit durch Abrüstung“, das ist der Weg, der mittels Verhandlungen und Verträgen beschriften werden muß, wenn die Existenz der Menschheit auch in Zukunft gesichert sein soll!

Sollten nicht gerade wir Frauen an einer solchen Entwicklung interessiert sein? Unsere Kinder werden in der Welt von morgen leben. Wir wollen, daß diese Welt eine gute und friedliche sein soll.

Vom Wollen allein wird sich allerdings nichts verändern, dazu müssen wir schon selber etwas tun. Darum sollten wir uns für die großen und kleinen Probleme interessieren und uns für unsere berechtigten Forderungen einsetzen.

Wir sind bereit, unseren Platz und unsere Verantwortung in der Gesellschaft, in der wir leben, zu übernehmen; doch dabei muß uns geholfen werden. Nicht mit Jammern und Klagen, sondern durch Taten!

Hanna Dreyer, Salzgitter

Gewerkschaftliche Mitbestimmung im Schul- und Bildungswesen

Zwar teile ich nicht in allen Punkten die m. E. etwas zu stark von Skeptizismus geprägte Einschätzung der gegenwärtigen Situation unseres Volkes und damit unserer Demokratie, wie sie der Kollege *Rudolf Herbig* in seinem Artikel „Unmündigkeit gefährdet die Demokratie“ in GM 4/1966 formuliert hat. Doch hat er ohne Frage ein für die Zukunft der Demokratie und damit auch der Gewerkschaftsbewegung wie des Volkes äußerst bedeutsames Thema angesprochen.

Rudolf Herbig befaßt sich in seinem Artikel und in den von ihm entwickelten Vorschlägen mit den Möglichkeiten und möglichen Maßnahmen der Gewerkschaften zur teilweisen Überwindung der „Bildungslücken“, mit denen

unser heutiges Schulsystem den größten Teil der Schüler, vor allem der Volksschüler, in das Leben entläßt. Ist das aber nicht im wahrsten Sinne des Wortes eine Sisyphusarbeit? Sehr schwer ist es doch, das nachzuholen, was in der Schule (und oft auch im Elternhaus) in der Heranbildung kritisch-denkfähiger und gebildeter Menschen versäumt wurde. Die Gewerkschaften können gegenwärtig auf diese Tätigkeit und ihren Ausbau nicht verzichten. Ein Kennzeichen für die bundesdeutsche Bildungsmisere!

Aber gehört nicht zum Thema auch die Frage: Welche Möglichkeiten haben die Gewerkschaften, auf die staatlichen Einrichtungen, die Schulen, einzuwirken, deren eigentliche Aufgabe es ist, Menschen mit Bildung und kritischer Denkfähigkeit und damit Demokraten zu entwickeln, und dafür zu sorgen, daß diese ihre Aufgaben weit besser als jetzt erfüllen? In ihrem Grundsatzprogramm haben die DGB-Gewerkschaften dazu eine Reihe von Vorschlägen und Grundsätzen entwickelt. So: „Die Schüler müssen in allen Schulen an das politische und soziale Leben herangeführt und damit zu verantwortlich handelnden Staats- und Wirtschaftsbürgern erzogen werden.“ Die Gewerkschaften fördern die wirtschaftliche Mitbestimmung. Ist Mitbestimmung im Schul- und Bildungswesen nicht ebenso notwendig? Die Berufung des DGB-Vorsitzenden, des Kollegen *Ludwig Rosenberg*, in den Bildungsrat könnte als Anerkennung dafür und als ein Schritt dazu gewertet werden.

Könnten nicht die Gewerkschaften auch dort, wo in den Schulen Elternräte bestehen, den darin tätigen Kolleginnen und Kollegen Rüstzeug und Hilfe für ihre so verantwortungsvolle gesellschaftliche Tätigkeit geben? Ein praktisches Beispiel dazu: Seit Jahren haben Schulverwaltungen, Bildungs- bzw. Kulturminister bzw. Senatoren der Länder über die Umstellung unserer Schulen von der zu Ostern auf die im Herbst erfolgende Einschulung und die Art dieser Umstellung und alle damit zusammenhängenden Probleme beraten. Die Lehrgewerkschaft hat sich daran intensiv beteiligt. Die Elternschaft kaum. Hätte nicht die Lehrgewerkschaft die Wirksamkeit ihrer Vorschläge und Argumente dadurch verstärken können, wenn sie sich damit direkt auch an die Elternschaft und vor allem die Elternräte gewandt hätte?

Auch bei einem vollkommenen Bildungs- und Schulsystem wäre die praktische Bildungsarbeit der Gewerkschaften nicht überflüssig, da Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Politik nicht stillstehen und ständig neue Probleme aufwerfen, abgesehen von den speziellen Problemen der Gewerkschaften und ihrer Tätigkeit. Doch die Bildungsarbeit der Gewerkschaften wie die Erwachsenenbildung überhaupt, könnte dann auf einem soliden Fundament aufbauen.

Arthur Böpple, Bremen

